

Mainzer Bundestagsabgeordnete suchen inklusives Gespräch

Die Mainzer Bundestagsabgeordneten Ursula Groden-Kranich (CDU), Tabea Rößner (Die Grünen) sowie der Landesbehindertenbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz Matthias Rösch haben sich am Freitag, 18.09.2015 um 09:00 Uhr im Bioladen „natürlich“ in der Mainzer Neustadt getroffen, um gemeinsam mit Vertretern der Gesellschaft für psychosoziale Einrichtungen Mainz (gpe gGmbH) über Integrationsbetriebe zu sprechen. Anlass hierzu waren die bundesweiten Informationswochen der Integrationsbetriebe, bei denen sich über 100 Bundestagsabgeordnete in ihren Wahlkreisen über die Aufgaben von Integrationsbetrieben informierten.



(von links:) Matthias Rösch, Andreas Kunz, Alexander Tränkmann, Jörg Greis, Claudia Wolf, Christian Löhnert, Edith Siesenop, Tabea Rößner, Ursula Groden-Kranich

Zunächst begrüßte Jörg Greis, Geschäftsführer der gpe gGmbH Mainz, die Anwesenden herzlich und bedankte sich bei den Bundestagsabgeordneten Groden-Kranich und Rößner für ihr Kommen. Im Anschluss daran nannte er den inhaltlichen Rahmen der Zusammenkunft: Das Gespräch diene vornehmlich, um ein Kennenlernen zwischen Politik und Integrationsbetrieben zu ermöglichen, so Greis. Die gpe gGmbH betreibt insgesamt sechs Integrationsbetriebe in Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen (Café Forster, Hotel INNdependence, Cap-Supermärkte in Mainz und Jugendheim sowie die Bioläden „natürlich“ in Mainz und Ingelheim).

Weiterhin führte Jörg Greis aus, dass sich Werkstätten im Sinne einer Dezentralisierung verändern müssen: „Die Arbeitsplätze müssen in die Mitte der Gesellschaft gebracht werden und somit eine Begegnung auf Augenhöhe ermöglichen. Deswegen werden mehr Integrationsbetriebe benötigt“, so die Forderung von Seiten der gpe.

Die Integrationsmitarbeiter Andreas Kunz (Hotel INNdependence), Claudia Wolf und Christian Löhnert (beide „natürlich“ Mainz) berichteten im Anschluss den äußerst interessierten Politikerinnen über ihre Mitarbeit in den Betrieben. Einvernehmlich kamen sie zu dem Schluss, dass die Arbeit in den Integrationsbetrieben ihren eigenen Lebensweg in durchweg positiver Weise beeinflusst hat. Andreas Kunz offenbarte beispielsweise, dass viele der von der Agentur für Arbeit vorgeschlagenen potentiellen Arbeitgeber keine barrierefreien Zugänge zu ihren Unternehmen anbieten konnten – für ihn als Rollstuhlfahrer ein (leider) klares Ausschlusskriterium. Frau Wolf, KassiererIn im „natürlich“ Mainz, liebt den Kundenkontakt und ist stolz, viele der Kunden persönlich zu kennen. Christian Löhnert verfolgt ein klares Ziel: Schichtleiter im „natürlich“ zu werden. „Doch dafür muss ich noch viel lernen“, fügte er lächelnd hinzu.

Eine Frage, die derzeit viele Menschen in Deutschland interessiert, stellte Ursula Groden-Kranich: „Nehmen psychische Erkrankungen in Deutschland zu?“

Matthias Rösch, Landesbehindertenbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz, stellte hierbei schnell klar: Nicht die Erkrankungen an sich seien das Problem, sondern Umwelt und Gesellschaft - Beschleunigung, Multitasking, permanente Erreichbarkeit und Verfügbarkeit der Menschen seien heutzutage selbstverständlich geworden. Jeder müsse immer freundlich, schnell und produktiv arbeiten. Es gäbe nicht unbedingt mehr Erkrankte, vielmehr habe sich die Arbeitswelt so verändert, dass psychisch Erkrankte aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt fallen und somit in das Bewusstsein der Gesellschaft rücken.

Diesen Einwand griff Alexander Tränkmann auf: „Die gpe im Speziellen und Integrationsbetriebe im Allgemeinen sind Orte geblieben, um den Kundenkontakt zu fördern, aber auch seinen Fähigkeiten entsprechend zu arbeiten. Dort ist eine bewusste Entschleunigung zu spüren“, so der Hotelmanager des INNdependence.

„Integrationsbetriebe sind Betriebe des allgemeinen Arbeitsmarktes, es ist daher natürlich eine Herausforderung die ‚schwarze Null‘ zu erreichen, die wir jedoch jährlich stemmen. Als Gewinn ist uns der sozial geschaffene Mehrwert jedoch umso wichtiger“, führte er weiterhin aus.

An die Vertreterinnen und Vertreter der Presse

Rösch hat außerdem darauf hingewiesen, dass das „Bundesteilhabegesetz“ gerade in Vorbereitung ist. „Dieses Gesetz ist die wichtigste bundespolitische Maßnahme der aktuellen Regierung im Bereich der Behindertenarbeit“, so der Landesbehindertenbeauftragte. „Ich bitte Sie, liebe Politikerinnen, bleiben sie an diesem Thema dran“, richtete Rösch sein Wort an Tabea Rößner und Ursula Groden-Kranich.

Derzeit gibt es 840 Plätze in Rheinland-Pfalz, die durch die Ausgleichsabgabe finanziert werden: Diese ist jedoch finanziell endlich und dadurch gedeckelt. Mehr Mittel würden bedeuten, noch mehr Integrationsarbeitsplätze fördern zu können – was die gpe gGmbH Mainz sehr begrüßen würde. Rheinland-Pfalz ist im bundesweiten Vergleich dennoch unter den Besten, was Fördermittel betrifft.

Tabea Rößner fasste abschließend zusammen, worin sich alle Beteiligten einig waren: Integrationsbetriebe sind ein Erfolgsmodell für die Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderung. Und diese Modelle müssen weiterhin nicht nur monetäre Förderung, sondern auch Anerkennung erfahren.

(5.075 Zeichen inkl. Leerzeichen)